

Präsidenten und Kanzler der Bundesrepublik Deutschland

Rudolf Heitefuss

Briefmarken spiegeln auch in erheblichem Maße Zeitgeschichte wider. Das gilt besonders für die Darstellung von führenden Persönlichkeiten aus der Politik, welche die Entwicklung der jungen Bundesrepublik Deutschland entscheidend beeinflusst haben. Die meisten Bundespräsidenten und Bundeskanzler wurden, überwiegend *post hum*, auf Briefmarken gewürdigt. Ihr Lebensweg und ihre Lebensleistung sollen hier kurz geschildert werden.

Die Abbildungen wurden von Herrn Lippke dankenswerter Weise durch ausländische Marken ergänzt.

Theodor Heuss 1884 – 1963

Bundespräsident von 1949 bis 1959

Theodor Heuss wurde am 31. Januar 1884 als Sohn des Regierungsbaumeisters Ludwig Heuss und dessen Ehefrau Elisabeth, geborene Gümbel in Brackenheim / Württemberg geboren. Seine Kindheit verlebte er in Brackenheim und Heilbronn. Dort besuchte er die Volksschule und anschließend das humanistische Karls-gymnasium. 1902 legte er das Abitur ab. Er studierte in München und Berlin Nationalökonomie, Literatur, Geschichte und Philosophie, 1905 promovierte er in München mit einer Arbeit über Weinbau und Weingärtnerstand.

Von 1905 bis 1912 leitete er die Zeitschrift „Die Hilfe“ in Berlin, von 1912 bis 1918 war er Chefredakteur der „Neckarzeitung“ in Heilbronn. Seit 1908 war er mit Elly Heuss-Knapp verheiratet, der Sohn Ernst Ludwig wurde 1910 geboren.

Von 1918 bis 1933 war Heuss als Geschäftsführer und Vorstandsmitglied des Deutschen Werkbundes tätig, von 1929 bis 1933 als Studienleiter und Dozent an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin.

Schon früh engagierte er sich in der Politik. 1918 war er Gründungsmitglied der Deutschen Demokratischen Partei DDP. 1919 wurde er Stadtverordneter in Berlin-Schöneberg. Von 1924 - 28 und 1930 - 33 war Heuss Abgeordneter im Deutschen Reichstag. Im März 1933 stimmte er zusammen mit den anderen Abgeordneten seiner Partei dem Ermächtigungsgesetz zu, obwohl er sich vorher dagegen ausgesprochen hatte, beugte er sich der Fraktionsdisziplin.

Der Bücherverbrennung von 1933 fielen auch einige seiner Werke zum Opfer, darunter das Buch „Hitlers Weg“ von 1932, das bereits 8 Auflagen erreicht hatte. Aufgrund der Verordnung zur Sicherung der Staatsführung vom Juli 1933 erlosch sein Reichstagsmandat.

1936 erhielt Heuss ein Publikationsverbot und verlor sein Lehramt. Eine Beschäftigung fand er im Institut für Grenz- und Auslandsstudien. Seine Frau trug durch Tätigkeit in der Werbung zur Ernährung der Familie bei.

1941 wurde er Mitarbeiter der liberalen Frankfurter Zeitung, in der er historische und kulturpolitische Aufsätze veröffentlichen konnte. 1942 erhielt er Publikationsverbot in deutschen Zeitungen. Unter Pseudonym veröffentlichte er jedoch weiter, sogar in der nationalsozialistischen Wochenzeitung „Das Reich“.

Nach dem zweiten Weltkrieg war Heuss Mitbegründer der Rhein-Neckar-Zeitung. Die amerikanische Militärregierung ernannte ihn im September 1945 zum ersten Kultusminister

von Württemberg-Baden. Nach der Landtagswahl im Herbst 1946 verzichtete er zugunsten eines Parteifreundes auf das Amt, blieb aber als Mitglied der Demokratischen Volkspartei DVP bis 1949 im Landtag, dem auch seine Frau angehörte.

1946 / 47 lehrte Heuss an der TH Stuttgart, 1948 wurde er zum Honorarprofessor ernannt.

Am 12. Dezember 1948 wurde er auf dem Gründungsparteitag zum Vorsitzenden der Freien Demokratischen Partei FDP gewählt. Als Mitglied des Parlamentarischen Rates war er 1948 an der Ausarbeitung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland beteiligt.

Zum Mitglied des Bundestages gewählt, legte er das Mandat nieder, als er am 12. September 1949 zum ersten Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt wurde, sein Gegenkandidat war Kurt Schumacher.

Nach fünfjähriger Amtszeit wurde er 1954 praktisch ohne Gegenkandidat wiedergewählt und blieb bis 1959 im Amt.

Heuss prägte das Amt des Bundespräsidenten durch seine überparteiliche, bürgernahe Amtsführung. Obwohl er zunächst für eine neue Nationalhymne plädierte, stimmte er dem Vorschlag des Bundeskanzlers Adenauer zu, die dritte Strophe des Deutschlandliedes zur

Nationalhymne zu erklären. Im Ausland konnte er nur langsam wieder Vertrauen in die Bundesrepublik Deutschland gewinnen. Ein erster Auslandsbesuch führte ihn 1956 auf Einladung des griechischen Königs Paul nach Griechenland.

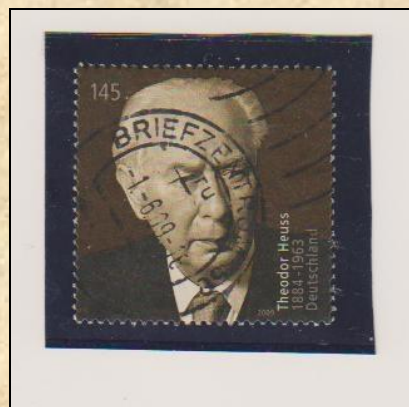
Seit 1959 lebte Heuss im Ruhestand in Stuttgart. Nachdem er im Frühjahr 1962 eine Beinamputation zunächst gut überstanden hatte, verstarb er am 12. Dezember 1963 in seinem Stuttgarter Heim. Er wurde auf dem Waldfriedhof Stuttgart beigesetzt.

Schon zu seinen Lebzeiten wurden 1954 und 1959 mehrere Serien Freimarken mit seinem Porträt heraus gegeben. Zu seinem 125. Geburtstag 2009 erschien eine Sondermarke.



1954- 1957

1959



2009



1957

Staatbesuch in der Türkei

Konrad Adenauer 1876 – 1967 Bundeskanzler von 1949 – 1963

Konrad Adenauer wurde am 5. Januar 1876 als Sohn des späteren Kanzleirates Johann Konrad Adenauer und dessen Ehefrau Helene, geb. Scharfenberg in Köln geboren. Kindheit und Schulzeit verlebte er in Köln. 1894 legte er dort am Apostelgymnasium das Abitur ab. Anschließend studierte er bis 1897 an den Universitäten Freiburg, München und Bonn Rechts- und Staatswissenschaften. Das erste juristische Staatsexamen legte er 1897, das zweite 1901 ab, als Assessor war er von 1903 bis 1906 in Köln beim Oberlandesgericht tätig.

1904 heiratete Adenauer Emma geb. Weyer, aus der Ehe gingen 3 Kinder hervor. 1916 verstarb seine erste Frau. 1919 heiratete er Auguste, geb. Zinser, mit der er weitere 5 Kinder hatte. Auguste Adenauer verstarb 1948.

1906 trat Adenauer in die katholische Zentrumspartei ein und wurde zum Beigeordneten der Stadt Köln gewählt. Im Juli 1909 wurde er als erster Beigeordneter erster Stellvertreter des Oberbürgermeisters. Während des Weltkrieges war er für die Versorgung der Kölner Bevölkerung mit Lebensmitteln zuständig und führte verschiedene Ersatzprodukte ein, u.a ein von ihm erfundenes „Kölner Brot“ aus Reis- und Maismehl sowie Graupen. Wegen des schlechten Geschmacks der Produkte nannte ihn die Kölner Bevölkerung spöttisch „Graupenauer“.

1917 wurde Adenauer zum Oberbürgermeister von Köln gewählt. Das Amt hatte er bis 1933 inne und nochmals nach 1945 für einige Monate. Im Februar 1918 wurde er auf Lebenszeit in das Preußische Herrenhaus berufen, das jedoch nach der Novemberrevolution abgeschafft wurde. Von 1920 bis 33 war er mit Unterstützung von Zentrum, SPD und DDP Präsident des Preußischen Staatsrates. Da er für eine größere Unabhängigkeit der Rheinlande von Preußen eintrat, geriet er in Gegensatz zum preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun. Als Verfechter des Kolonialgedankens war er von 1931 bis 33 Vizepräsident der Deutschen Kolonialgesellschaft. In der Weimarer Republik war er mehrfach (1921, 24, 28) als Reichskanzler im Gespräch.

Als Kölner Oberbürgermeister setzte sich Adenauer sehr für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt ein. U.a. gelang es ihm, den US-amerikanischen Autohersteller Ford zu überzeugen, ein neues Werk in Köln zu errichten. Er setzte durch, dass aus dem alten preußischen Festungsring ein großzügiger Grüngürtel wurde.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 wurde Adenauer seiner Ämter als Oberbürgermeister und als Präsident des Preußischen Staatsrates enthoben. Bedrohungen durch die Nazis (Adenauer an die Mauer) entzog er sich durch zeitweiligen Aufenthalt in der Abtei des Klosters Maria Lach. Im Zusammenhang mit dem Röhm Putsch 1934 wurde er für zwei Tage verhaftet. Die Stadt Köln zahlte ihm trotz seiner Eingabe nur eine reduzierte Pension. 1937 erhielt er jedoch eine Entschädigung für sein Haus in Köln. Davon ließ er sich im Bad Honnefer Stadtteil Rhöndorf ein Haus erbauen, das er bis zu seinem Tode bewohnte.

In dem dazugehörigen großen Garten pflegte er besonders seine Rosen.

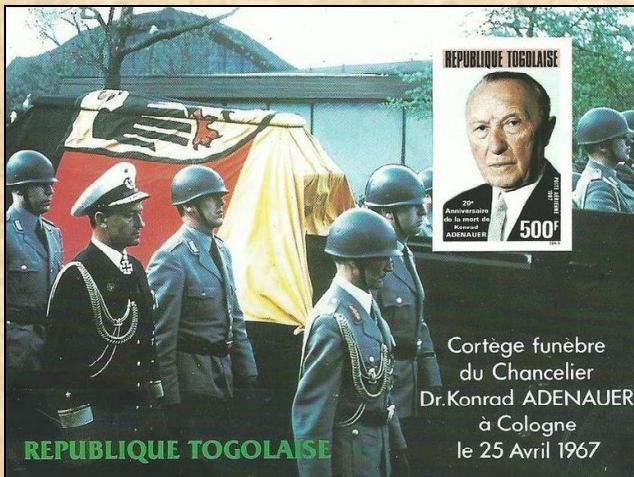
In den Kriegsjahren lebte Adenauer zurückgezogen in Rhöndorf. Nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 wurde er verhaftet und in das Arbeitserziehungslager in den Messehallen Köln Deutz überführt. Aus dem Gefängnis Brauweiler wurde er am 26. November 1944 entlassen, da ihm keine Beteiligung am Putsch nachgewiesen werden konnte.

Nach Kriegsende setzten ihn die Amerikaner wieder als Oberbürgermeister von Köln ein, nach wenigen Monaten wurde er jedoch von den Briten wegen angeblicher Unfähigkeit entlassen. Am 31. August 1945 trat er in die CDU ein. Im Oktober 1946 wurde er Fraktionsvorsitzender der CDU im Landtag von Nordrhein-Westfalen und 1948 Präsident des Parlamentarischen Rates, der eine Verfassung für den deutschen Weststaat auszuarbeiten hatte. Am 1. September 1949 wurde Adenauer mit knapper Mehrheit zum ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt. 1950 wurde die CDU auf Bundesebene ausgedehnt, mit Adenauer als Vorsitzenden (bis 1966).

Als Einwohner von Rhöndorf war Adenauer maßgeblich daran beteiligt, dass 1949 nicht Frankfurt, sondern das nahe gelegene Bonn Bundeshauptstadt wurde. Mit Unterstützung des französischen Präsidenten Bidault verhinderte er, dass Berlin Bundesland wurde, gemäß der Berlin-Klausel erhielten die Berliner Abgeordneten nicht das volle Stimmrecht.

In den Jahren seiner Kanzlerschaft setzte Adenauer vor allem auf eine Bindung der Bundesrepublik an die Westmächte. Mit dem Inkrafttreten der Pariser Verträge am 5. Mai 1955 und der Aufhebung des Besatzungsstatuts wurde eine weitgehende Souveränität erreicht. Eine Versöhnung mit den Juden und dem Staat Israel lag ihm besonders am Herzen. Als Wiedergutmachung setzte er eine Zahlung von 3,45 Milliarden an Israel durch.

Besonders bemühte sich Adenauer um eine Aussöhnung mit Frankreich, die er auch durch ein gutes persönliches Verhältnis zu Charles de Gaulle erreichte. Er betrieb auch die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik, zunächst mit der Gründung des Bundesgrenzschutzes, dann 1955 mit der Bundeswehr und dem Beitritt zur Nato.



Togo 1987



Togo 2012

50 Jahre Deutsch-Französische Aussöhnung

Im September 1955 reiste Adenauer nach Moskau und erreichte in zähen Verhandlungen die Freilassung von 10 000 deutschen Kriegsgefangenen, die sich noch in der Sowjetunion befanden. Dies wurde ihm von der Bevölkerung besonders hoch angerechnet. Dagegen erntete er Unverständnis, als er im August 1961 erst 9 Tage nach der Errichtung der Berliner Mauer nach Berlin fuhr und Willy Brandt nur wenig den Rücken stärkte. Bei den Wahlen im September 1961 verloren die Unionsparteien die absolute Mehrheit. Adenauer wurde noch einmal zum Kanzler gewählt, allerdings gegen den Willen der FDP und Teilen der CDU/CSU. Er versprach jedoch, vor der nächsten Wahl zurückzutreten. Am 12. Oktober wurde er verabschiedet. Die Wahl von Ludwig Erhard als Nachfolger hatte er vergeblich versucht zu verhindern. Auch nach seinem Rücktritt griff er immer wieder mit Reden und Interviews in die Politik ein, bis zuletzt blieb er Mitglied des Bundestages. Adenauer starb am 19. August 1967 nach kurzer Grippe. Im Kölner Dom wurde er vom Kölner Erzbischof Kardinal Frings in einem feierlichen Pontifikalamt und im Bundestag mit einem Staatsakt verabschiedet. Unter großer Anteilnahme der Bevölkerung wurde der Sarg mit einem Schnellboot der Bundesmarine in einem Schiffskonvoi auf dem Rhein nach Rhöndorf überführt und dort auf dem Waldfriedhof am 25. April 1967 beigesetzt.



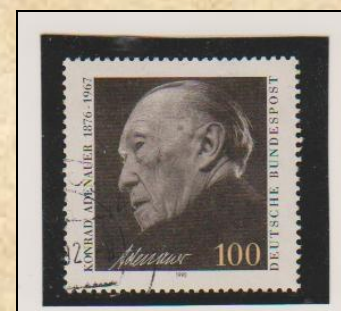
1968



1968



1976



1992



Deutsche Bundespost



Frankreich

1988 Gemeinschaftsausgabe
25 Jahre Deutsch-Französische Zusammenarbeit



Dominica 1992
25. Todestag

Ludwig Erhard 1897 – 1977

Bundeskanzler 1963 – 1966

Ludwig Erhard wurde am 4. Februar 1897 als Sohn des Textilwarenhändlers Wilhelm Philipp Erhard und dessen Ehefrau Auguste, geb. Hassold in Fürth geboren. Er besuchte in Fürth die Volks- und die Realschule. Anschließend begann er eine Lehre als Weißwarenhändler, die er 1916 als Einzelhandelskaufmann abschloss. Als Soldat nahm er am ersten Weltkrieg in Rumänien und an der Westfront teil. Ende September 1918 wurde er bei Ypern schwer verwundet. 1919 schied er als Unteroffizier und Offiziersaspirant aus der Armee aus.

Von 1919 bis 1922 studierte Erhard an der Handelshochschule Nürnberg und erwarb den Abschluss als Diplomkaufmann. Anschließend absolvierte er ein Studium der Betriebswirtschaft und Soziologie an der Universität Frankfurt. 1925 promovierte er zum Dr. rer. pol. bei Franz Oppenheimer. Im Dezember 1923 heiratete er Luise Lotte, verw. Schuster. Aus der Ehe ging eine Tochter hervor.

1928 wurde Erhard Assistent am Institut für Wirtschaftsbeobachtung der Handelshochschule Nürnberg. Hier blieb er bis 1942, zuletzt als stellvertretender Institutsleiter. Seit 1933 wirkte er als Lehrbeauftragter an der Nürnberger Hochschule. Von 1942 – 45 leitete er das von ihm gegründete Institut für Industrieforschung. Ab Ende 1942 beschäftigte er sich mit der ökonomischen Nachkriegsplanung.

Nach dem Kriege gelangte Erhard als parteiloser Wirtschaftsfachmann rasch in hohe politische Ämter. Im Oktober 1945 wurde er von der amerikanischen Militärregierung in die Bayerische Staatsregierung als Minister für Handel und Gewerbe berufen, musste aber dieses Amt nach der Wahl 1946 niederlegen. 1947 leitete er die Expertenkommission Sonderstelle Geld und Kredit bei der Verwaltung der Finanzen der britisch-amerikanischen Bizone. In dieser Funktion war er mit der Vorbereitung der Währungsreform 1948 betraut.

Von 1949 bis zu seinem Tode 1977 gehörte Erhard dem Bundestag an. Nach der ersten Bundestagswahl wurde er zum Bundesminister für Wirtschaft berufen. Er war einer der beliebtesten Politiker der 50er Jahre. Er galt als überzeugter Verfechter der Marktwirtschaft und als Schöpfer des „deutschen Wirtschaftswunders“. Seit 1957 war er Vizekanzler.

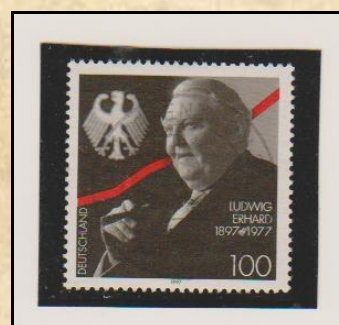
1959 schlug Adenauer Erhard die Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten vor, dieser lehnte aber ab. Nach Adenauers Rücktritt am 15. Oktober 1963 wurde Erhard zum Bundeskanzler gewählt.

Erhards Regierungszeit gilt als glücklos. Man warf ihm vor, er sei für eine Abkühlung des Verhältnisses zu Frankreich verantwortlich, da er guten Beziehungen zu den USA den Vorrang gab. Der Altbundeskanzler Adenauer intrigierte gegen ihn, er sei als Kanzler ungeeignet. Trotz des großen Wahlsieges der Union 1966 und obwohl sich Erhard im selben Jahr zum Vorsitzenden der CDU wählen ließ, verfiel seine Autorität immer mehr. Er konnte im Oktober 1966 nur eine Minderheitenregierung aus CDU und CSU bilden. Zum Kanzler-Kandidaten wurde indes Kurt Georg Kiesinger gewählt, der eine große Koalition mit der SPD zusammenbrachte. Erhard trat schließlich am 1. Dezember 1966 zurück. Anschließend blieb er noch weitere 11 Jahre Bundestagabgeordneter.

Ludwig Erhard starb am 5. Mai 1977, am 11. Mai wurde er im Bundestag mit einem Staatsakt geehrt. Auf dem Bergfriedhof in Gmund am Tegernsee fand er die letzte Ruhe.



1987



1997

Heinrich Lübke 1884 – 1972

Bundespräsident 1959 – 1969

Heinrich Lübke wurde am 14. Oktober 1894 als Sohn des Schuhmachers Friedrich Wilhelm Lübke und dessen Ehefrau Karoline geb. Becker in Enkhausen, Sauerland, geboren.

Nach dem Abitur 1913 am Gymnasium Petrinum in Brilon begann er in Bonn mit dem Studium der Geodäsie und Landwirtschaft, das er im August 1914 abbrach um sich als Kriegsfreiwilliger zu melden. Er wurde an der Ost- und Westfront eingesetzt. 1916 wurde er zum Vizefeldwebel befördert. Nach einem Gasangriff kam er ins Feldlazarett. 1917 zum Leutnant befördert nahm er als Ordonanzoffizier an der dritten Flandernschlacht teil. Er erhielt das Eiserne Kreuz 1. und 2. Klasse.

Nach Kriegsende nahm Lübke das Studium wieder auf und beendete es 1921 mit dem Examen als Vermessungs- und Kulturingenieur. Von 1921 bis 1924 studierte er Nationalökonomie in Münster und Berlin. Gleichzeitig war er bis 1922 beim Westfälischen Pächter- und Siedlerbund beschäftigt. Anschließend war er Geschäftsführer des Reichsverbandes landwirtschaftlicher Kleinbetriebe. 1926 wurde er Geschäftsführer der Deutschen Bauernschaft.

1929 heiratete er Wilhelmine geb. Kathen.

Von 1932 – 33 war Lübke für die deutsche Zentrumspartei Mitglied des Preußischen Landtages, der nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten aufgelöst wurde. Nach 1933 musste er sein Amt bei der Deutschen Bauernschaft aufgeben. Im Februar 1934 wurde er wegen Korruptionsverdacht verhaftet, nach 20 Monaten aus der Haft entlassen. Zunächst arbeitslos, lebte er bis Sommer 1937 auf dem Hof seines älteren Bruders Friedrich Wilhelm

(1951 – 54 Ministerpräsident von Schleswig Holstein). Von 1937 – 39 war er leitender Mitarbeiter bei der niedersächsischen Wohnungsbau und Siedlungsgesellschaft in Berlin.

Von 1939 bis 1945 arbeitete er als Vermessungsingenieur beim Architektur- und Ingenieurbüro Walter Schlempp, das Albert Speer unterstand. In dieser Funktion war er in der Heeresversuchsanstalt Peenemünde als Bauleiter tätig. Hier hatte er auch die Verantwortung für KZ Häftlinge, ebenso beim Ausbau stillgelegter Bergwerksschächte für die Flugzeugproduktion bei Bernburg und Neu-Stassfurt.

Nach dem Kriege trat Lübke 1945 in die CDU ein. Ab 1946 war er Mitglied im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Von Januar 1947 bis Januar 1953 amtierte er als Minister für Ernährung Landwirtschaft und Forsten. Von 1949 bis 1950 und 1953 bis 1959 war er Mitglied des Deutschen Bundestages und seit 1953 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Am 1. Juli 1959 wurde er als Nachfolger von Theodor Heuss zum Bundespräsidenten gewählt. Während seiner Präsidentschaft war ihm vor allem die Entwicklungshilfe ein besonderes Anliegen. Ausgedehnte Staatsbesuche führten ihn um die ganze Welt, u.a. nach Afrika, Südamerika, Japan, Südkorea. 1962 initiierte er die Gründung der Welthungerhilfe.

Er scheute sich nicht, in seinen Reden die Verhältnisse in der DDR kritisch anzusprechen. 1964 wurde er für eine zweite Amtsperiode wiedergewählt. 1966 setzte er sich für die Bildung der großen Koalition unter Kiesinger ein.

Seine zweite Amtszeit wurde durch seine häufigen rhetorischen Missgriffe überschattet. Es stellte sich später heraus, dass er unter einer rasch fortschreitenden Zerebralsklerose litt. Bei einem Staatsbesuch der englischen Königin soll er gesagt haben „Equal goes it loose“ (gleich geht es los). 2006 offenbarte der Spiegel-Mitarbeiter H. Gremliza, dass dieses und andere Zitate Erfindungen des Spiegel waren. Von der DDR wurde eine Kampagne über Lübke als KZ-Baumeister initiiert.

Mit der Begründung, das Amt des Bundespräsidenten aus dem Wahlkampf herauszuhalten, kündigte Lübke seinen Amtsverzicht zum 30. Juni 1969 an, so dass die Wahl des Nachfolgers früher erfolgen konnte. Sein Gesundheitszustand hatte sich zunehmend verschlechtert, öffentliche Aufgaben konnte er nicht mehr übernehmen. Im März 1972 zeigte sich, dass er an fortgeschrittenem Magenkrebs litt. Er starb am 6. April 1972. Nach einem Staatsakt am 13. April im Bundestag und einem Requiem im Kölner Dom wurde Heinrich Lübke auf dem Dorffriedhof in Sundern – Enkhausen beigesetzt.



BRD 1964



Berlin 1967



Ras al Khaima
Adenauer, Lübke, De Gaulle
Auf Silbermarke



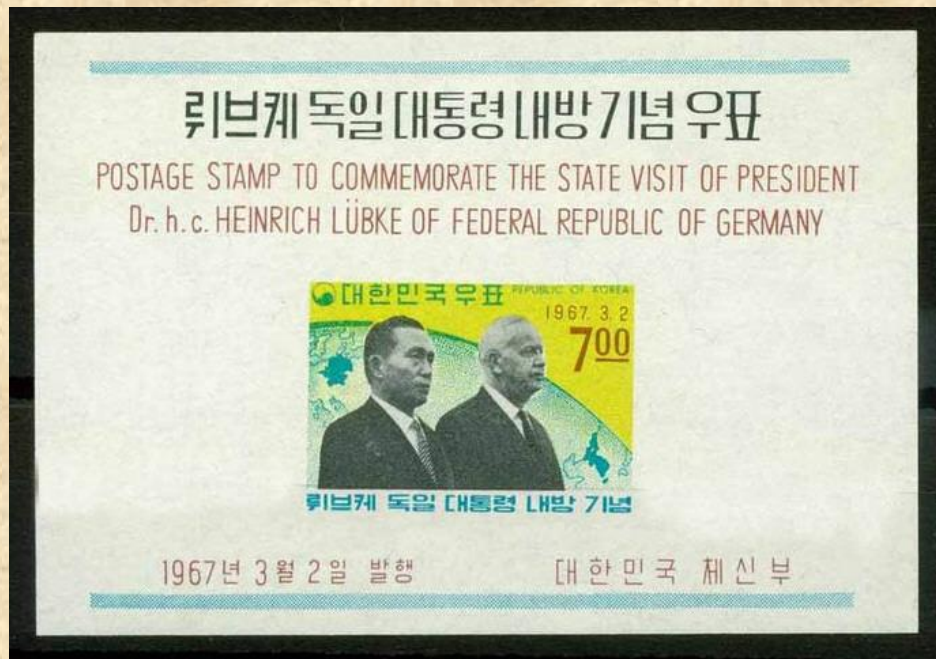
Iran Staatsbesuch 1963



Brasilien Staatsbesuch 1964



Philippinen 1965



Süd-Korea 1967

Gustav Heinemann 1899 – 1976

Bundespräsident 1969 – 1974

Gustav Heinemann wurde am 23. Juli als Sohn des Prokuristen bei der Krupp AG Otto Heinemann und dessen Ehefrau in Essen geboren.

Er besuchte die Goetheschule in Rüttenscheid und legte dort 1917 das Notabitur ab. Als Soldat wurde er aber schon bald wegen einer Herzklappenentzündung entlassen, so dass er die Front nicht mehr erlebte. Von 1919 bis 1922 studierte er Rechtswissenschaft und politische Wissenschaft in Münster, Marburg, München, Göttingen und Berlin. 1922 promovierte er zum Dr. phil. an der Universität Marburg. 1926 bestand er das zweite juristische Staatsexamen. Von 1926 bis 28 war er als Rechtsanwalt in Essen tätig. 1929 promovierte er zum Dr. jur. in Münster. Von 1929 bis 1949 war er Justitiar bei den Rheinischen Stahlwerken in Essen.

1926 heiratete er Hilda Ordemann. 1927 wurde die Tochter Uta, 1928 Christa geboren, die später Johannes Rau heiratete, 1933 kam die Tochter Barbara, 1936 der Sohn Peter zur Welt.

Von 1930 – 33 war Heinemann Mitglied im Christlich Sozialen Volksdienst, 1933 trat er der SPD bei. Von 1933 – 39 hatte er einen Lehrauftrag für Berg- und Wirtschaftsrecht an der Universität Köln inne.

In der Zeit des Nationalsozialismus engagierte sich Heinemann gegen staatliche Übergriffe auf die Kirche, er wurde Mitglied und überregionaler Rechtsberater der Bekennenden Kirche. Von 1936 bis 1950 war er Vorsitzender des CVJM in Essen.

Nach dem Kriege spielte er eine führende Rolle in der Evangelischen Kirche in Deutschland, EKD. Er war der erste Präsident im Rat der EKD, von 1949 – 1955 Präses der Gesamt-deutschen Synode der EKD und mitbeteiligt an der Konstituierung des Deutschen Evangelischen Kirchentages. Er gehörte auch zu den Mitbegründern der CDU. Die britische Besatzungsmacht setzte ihn zum Bürgermeister von Essen ein, 1946 wurde er zum Oberbürgermeister gewählt, er behielt das Amt bis 1949. Von 1946–50 war er CDU-Landtagsabgeordneter in Nordrhein-Westfalen. 1947/48 gehörte er als Justizminister der Landesregierung an.

Im September 1949 berief ihn Adenauer zum Bundesminister des Inneren, um mit ihm als Protestanten die überkonfessionelle Ausrichtung seiner Regierung zu betonen. Als Adenauer 1950 in Geheimverhandlungen mit den Amerikanern eine Wiederbewaffnung der Bundesrepublik angeboten hatte, ohne das Kabinett und die Öffentlichkeit zu informieren, bot Heinemann seinen Rücktritt an, der ihm im Oktober 1950 gewährt wurde.

Wegen der Pläne zur Wiederbewaffnung trat Heinemann 1952 aus der CDU aus und gründete die GVP, die Gesamtdeutsche Volkspartei, der auch der spätere Bundespräsident Rau beitrug. Die GVP strebte den Verzicht der Bundesrepublik auf eine Verteidigungsarmee an, bei strikter Neutralität zwischen der Nato und dem Ostblock, um die Chance der Wiedervereinigung offen zu halten. Heinemann bejahte stattdessen den Aufbau einer Bundespolizei.

Die GVP erreichte bei der Bundestagswahl 1953 jedoch nur 1,2 % der Stimmen.

1957 verhandelte Heinemann mit Erich Ollenhauer über seinen Übertritt zur SPD. Er erhielt einen aussichtsreichen Listenplatz, löste die GVP auf und empfahl deren Mitgliedern, ebenfalls der SPD beizutreten. 1957 wurde er in den Bundestag und in den Vorstand der SPD gewählt, dem er bis 1966 angehörte. In den Jahren 1957 / 58 zählte Heinemann zu den schärfsten Gegnern der von Adenauer und Strauß geplanten Atombewaffnung der Bundeswehr.

In der von Georg Kiesinger geführten großen Koalition wurde Heinemann von 1966 – 69 Bundesminister der Justiz. In seine Amtszeit fielen wichtige Reformen des Strafrechts, u.a. die Abschaffung des Paragraphen 175. Während der Studentenunruhen 1968 zeigte er gewisses Verständnis, wandte sich aber auch gegen gewalttätige Protestaktionen.

Am 5. März 1969 wurde Heinemann mit knapper Mehrheit im dritten Wahlgang gegen Gerhard Schröder zum Bundespräsidenten gewählt. Er verstand sich als „Bürgerpräsident“.

Er setzte sich vor allem für die Verpflichtung der Politik zum Frieden ein, auf seine Initiative wurde 1970 die „Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung“ gegründet. In zahlreichen Auslandsbesuchen, u.a. in die Niederlande, nach Japan, Südamerika, Großbritannien, Italien und in den Vatikan bemühte er sich um gute Beziehungen mit der Bundesrepublik.

Aus gesundheitlichen Gründen verzichtet Heinemann auf eine erneute Kandidatur und schied am 1. Juli 1974 aus dem Amt des Bundespräsidenten aus.

Gustav Heinemann starb am 7. Juli 1976 in Essen. Er erhielt ein Ehrengrab auf dem Parkfriedhof Essen. Die Traueransprache hielt auf seinen Wunsch hin sein Freund Helmut Golwitzer.



1970



1970



1999

Kurt Georg Kiesinger 1904 – 1988

Bundeskanzler 1966 - 1969

Kurt Georg Kiesinger wurde am 6. April 1904 als Sohn des kaufmännischen Angestellten Christian Kiesinger und dessen Ehefrau Dominika, geb. Grünar in Ebingen, Württemberg, geboren. Nach dem Besuch der staatlichen katholischen Volksschule absolvierte er die Schlossbergrealschule in Ebingen mit dem Einjährigen – Examen. Anschließend trat er in das katholische Lehrerseminar in Rottweil ein, das er 1925 erfolgreich abschloss, um dann noch Pädagogik zu studieren. Als Voraussetzung für ein weiterführendes Studium konnte er 1926 in Tübingen noch das Abitur nachholen. In Berlin studierte er ab 1926 Rechts- und Staatswissenschaften. 1931 legte er das erste juristische Staatsexamen ab, es schloss sich ein unvergütetes Referendariat am Amtsgericht Köpenick an. Den Lebensunterhalt verdiente er sich als Repetitor. 1932 heiratete er Marie Luise geb. Schneider, aus der Ehe gingen zwei Kinder hervor.

Kiesinger war Mitglied der studentischen Verbindung Askania. Im Februar 1933 trat er in die NSDAP ein. Nach den Richtlinien der Partei wurde er im Juli 1933 als Korporationsführer der Askania eingesetzt. Obwohl Kiesinger dem Nationalsozialismus zunächst nahe stand, wurde er später zunehmend skeptisch, zumal die studentischen Verbindungen nach und nach Schwierigkeiten bekamen. 1937 löste sich die Askania auf, 1938 auch ihr Altherrenverband.

Nach bestandenem Examen ließ sich Kiesinger als Rechtsanwalt am Berliner Kammergericht nieder. 1940 nahm er eine Stellung im Reichsaußenministerium an. Dort stieg er bis zum stellvertretenden Leiter der Rundfunkpolitischen Abteilung auf und war für die Verbindung zum Propagandaministerium von Dr. Goebbels zuständig.

Nach dem Kriege saß Kiesinger von 1945 bis 46 zunächst 18 Monate in Haft im Internierungslager Ludwigsburg. Als ehemaliges Parteimitglied wurde er im Zuge der Entnazifizierung als Mitläufer eingestuft, 1948 durch ein Spruchkammergericht vollständig entlastet.

1946 wurde er Leiter des Repetitoriums für Jurastudenten an der Universität Würzburg, 1947 ehrenamtlicher Geschäftsführer der CDU Württemberg – Hohenzollern. 1948 begann er eine Tätigkeit als Rechtsanwalt in Tübingen und Würzburg. Von 1949 bis 1959 und von 1969 bis 1980 war Kiesinger Mitglied des Deutschen Bundestages, von 1954 - 59 Vorsitzender des Bundestagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten. Kiesin-

ger galt als ausgezeichnete Redner, herausragend waren seine Debatten mit dem ebenso reddegewandten Fritz Erler von der SPD. Von 1956 – 58 gehörte er auch dem Europaparlament an.

Im Dezember 1958 wurde Kiesinger zum Ministerpräsidenten von Baden – Württemberg gewählt. Er trug wesentlich zur Stabilisierung des erst 1952 gegründeten Landes bei. Auf seine Initiative gingen die Gründungen der Universitäten Konstanz und Ulm zurück.

Am 10. November wurde Kiesinger im dritten Wahlgang gegen den Außenminister Gerhard Schröder und den CDU/CSU Fraktionsvorsitzenden Rainer Barzel zum Bundeskanzler gewählt. Es gelang ihm, eine große Koalition mit der SPD zu bilden, mit Willy Brandt als Außenminister. In den drei Jahren seiner Kanzlerschaft erzielte Kiesinger durchaus Erfolge. Dazu gehörten u.a. die Durchsetzung der Notstandsgesetze, die Einigung über Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, das Stabilitätsgesetz (Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft) und der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur. Der allgemeine wirtschaftliche Aufschwung ermöglichte die Sanierung des Bundeshaushalts.

1967 wurde Kiesinger auch Bundesvorsitzender der CDU, bis 1971. Die Bundestagswahl 1969 brachte für die CDU/CSU eine Niederlage, da die SPD zusammen mit der FDP eine knappe Mehrheit erzielte und unter Willy Brandt die neue Regierung bilden konnte. 1971 wurde Kiesinger als Vorsitzender der CDU von Rainer Barzel abgelöst. Er gehörte dem Bundestag noch in der 8. Legislaturperiode 1976 – 1980 an.

Kurt Georg Kiesinger starb am 9. März 1988 in Tübingen. Er wurde mit einem Staatsakt auf dem Stuttgarter Schlossplatz geehrt und auf dem Tübinger Stadtfriedhof beigesetzt.



2004



Fudscheira Willy Brandt und Kurt Georg Kiesinger

Walter Scheel 1919

Bundespräsident 1974 – 1979

Walter Scheel wurde am 8. Juli 1919 als Sohn eines Stellmachers in Höhscheid / Solingen geboren. Nach Schulzeit und Abitur auf dem Gymnasium Schwertstraße in Solingen absolvierte er von 1938 – 39 eine Banklehre. Vom September 1939 an leistete er Kriegsdienst. Er diente beim Nachtjagdgeschwader 1 der Luftwaffe, bei Kriegsende als Oberleutnant und erhielt das eiserne Kreuz 1. und 2. Klasse

Nach dem Kriege war er bis 1953 als Geschäftsführer in der Industrie und in Verbänden tätig, danach als selbständiger Wirtschaftsberater. 1958 wurde er Geschäftsführer des Marktforschungsinstituts Intermarket. Im gleichen Jahr gründete er zusammen mit zwei Kollegen in Düsseldorf ein eigenes Marktforschungsinstitut, aus dem er 1964 ausschied.

Nach 24jähriger Ehe verstarb 1966 seine erste Ehefrau Eva Charlotte geb. Kronenberg. In zweiter Ehe war er bis zu ihrem Tod 1985 mit Mildred Scheel verheiratet. Seit 1988 ist er mit Barbara Scheel, geb. Wiese verheiratet.

Ob Scheel Mitglied der NSDAP war, ist nicht ganz geklärt. Er berichtete 1978, dass er 1942 an der Front die Mitteilung über seine Aufnahme erhielt, obwohl er keinen Aufnahmeantrag gestellt hatte.

Seit 1946 ist Scheel Mitglied der FDP. Von 1948 – 50 war er Stadtrat in Solingen, von 1950 – 1954 Mitglied des Landtages von Nordrhein – Westfalen. Seit 1953 war er Mitglied des Bundestages, dem er bis 1974 angehörte. Von 1956 – 1961 gehörte er dem Europäischen Parlament an. 1968 wurde er als Nachfolger von Erich Mende zum Vorsitzenden der FDP gewählt. 1961 holte ihn Adenauer als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit in das Kabinett, dem er auch unter Ludwig Erhard angehörte. 1966 trat er wegen eines Streites über den Bundeshaushalt zusammen mit den anderen FDP-Ministern zurück.

Nach der Bundestagswahl 1969 und der Bildung der Koalition SPD/FDP unter Willy Brandt wurde Scheel Außenminister und Vizekanzler. Als erster deutscher Außenminister besuchte er 1970 Israel. Zusammen mit Willy Brandt setzte er sich für die Entspannungspolitik gegenüber dem Ostblock ein.

Am 15. Mai 1974 wurde Scheel mit den Stimmen der SPD und FDP gegen Richard von Weizsäcker zum Bundespräsidenten gewählt. Seine Amtszeit war nicht durch besondere Initiativen gekennzeichnet. Zahlreiche Staatsbesuche, u.a. in die USA und die Sowjetunion führten ihn um die ganze Welt. Er erfreute sich großer Popularität, dazu trug seine offene Art bei. Seine Schallplattenaufnahme „Hoch auf dem gelben Wagen“ zugunsten der „Aktion Sorgenkind“ wurde weit verbreitet.

1979 stellte er sich nicht zur Wiederwahl und schied aus dem Amt. Als Altbundespräsident und Pensionär lebt er in Bad Krozingen.



1982

Fünf Bundespräsidenten vereint auf einem Block

Karl Carstens 1914 – 1992

Bundespräsident 1979 – 1984

Karl Carstens wurde am 14. Dezember 1914 als Sohn des Studienrates Carl Carstens in Bremen geboren. Der Vater fiel in Frankreich kurz nach Karls Geburt.

Seine Jugend verlebte er in Bremen. 1933 legte er das Abitur am Alten Gymnasium in Bremen ab. Anschließend studierte er Rechtswissenschaften, u.a. in Frankfurt / Main, Greifswald, München und Königsberg. 1936 legte er das erste, 1939 das zweite juristische Staatsexamen ab, 1939 promovierte er und wurde Referendar am Landgericht Bremen. 1938 leistete er eine Wehrübung bei der Flak ab. Von 1939 – 1945 diente er bei der Flak und brachte es bis zum Leutnant und Ordonanzoffizier im Stab einer Flakabteilung.

1944 heiratete er Veronica Carstens, geb. Prior. Die Ehe blieb kinderlos.

Nach Kriegsende wurde er in Bremen als Rechtsanwalt zugelassen. Bis 1947 war er zeitweise für den Bremer Bürgermeister tätig. 1948/49 studierte er an der Yale Universität in den USA und erwarb den Grad eines Masters of Law. Von 1949 – 54 war er Rechtsberater des Bremer Senats. 1952 habilitierte er sich an der Universität Köln. 1954 trat er in den auswärtigen Dienst der Bundesrepublik ein. Als Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland war er beim Europarat in Straßburg tätig, danach im Auswärtigen Amt in Bonn, wo er 1958 die Leitung der Abteilung Westeuropa übernahm.

1960 wurde er zum Professor für Staats- und Völkerrecht an der Universität Köln berufen. Von 1970 – 72 leitete er das Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn. Von 1960 – 66 war Carstens Staatssekretär im Auswärtigen Amt, von 1966 – 1968 im Bundesministerium der Verteidigung, von 1968 – 69 Chef des Bundeskanzleramtes unter Kanzler Kiesinger. Von 1972 – 79 war er Mitglied des Deutschen Bundestages, 1973 – 1976 als Vorsitzender der CDU/CSU Bundestagsfraktion, 1976 wurde er zum Präsidenten des Bundestages gewählt.

Am 23. Mai 1979 wurde Karl Carstens als Nachfolger von Walter Scheel zum Bundespräsidenten gewählt. Wegen seiner früheren NSDAP Mitgliedschaft wurde die Wahl von einigen Seiten kritisiert. Während seiner Amtszeit positionierte er sich gegen die Forderungen der Friedensbewegung zur einseitigen Abrüstung. Als „Wanderpräsident“ erreichte er eine gewisse Popularität. Er nutzte die Wanderungen, die ihn durch weite Teile Deutschlands führten, zu Begegnungen mit vielen Menschen, von denen er sich streckenweise begleiten ließ. Zahlreiche Staatsbesuche führten ihn in viele Länder der Welt, einschließlich der Sowjetunion.

Aus Altersgründen verzichtete er auf die Kandidatur für eine zweite Amtszeit als Bundespräsident. Karl Carstens starb am 30. Mai 1992 an den Folgen eines Schlaganfalls. Er wurde auf dem Riensberger Friedhof in Bremen bestattet.



1989 Numisbrief

Johannes Rau 1931 – 2006

Bundespräsident 1999 – 2004

Johannes Rau wurde am 16. Januar 1931 als Sohn des Kaufmanns Ewald Rau und dessen Ehefrau Helene Rau, geb. Hartmann in Wuppertal geboren. Er besuchte die Volksschule in Wuppertal-Barmen dann das Gymnasium in Elberfeld und danach das humanistische Gymnasium in Barmen, das er jedoch 1948 nach der Obertertia abbrach. Er begann eine Lehre als Verlagsbuchhändler, die er 1952 beendete. Anschließend arbeitete er als Verlagsgehilfe in Wuppertal und wurde 1953 Lektor bei einem Verlag in Witten. Ab 1954 war er als Geschäftsführer des Jugenddienst - Verlages tätig, wurde 1962 Mitglied des Vorstandes und 1965 Direktor dieses Verlages.

1950 wurde Rau Mitglied der von Gustav Heinemann gegründeten Gesamtdeutschen Volkspartei GVP. Nach deren Auflösung 1957 trat er in die SPD ein. Von 1958 – 62 war er Vorsitzender der Jungsozialisten in Wuppertal. 1958 wurde er erstmals in den Landtag von Nordrhein - Westfalen gewählt, dem er bis 1998 angehörte. Von 1964 – 78 war er Mitglied des Stadtrates von Wuppertal, von 1969 – 70 als Oberbürgermeister der Stadt. 1970 trat er als Minister für Wissenschaft und Forschung in die Landesregierung von Nordrhein – Westfalen ein, der er bis 1978 angehörte. Während seiner Amtszeit setzte er sich für die Gründung der Hochschulen in Duisburg, Essen, Paderborn, Siegen und Wuppertal ein, die später in Universitäten umbenannt wurden.

Johannes Rau heiratete 1982 Christina Delius, eine Enkelin des früheren Bundespräsidentin Gustav Heinemann. Aus der Ehe gingen drei Kinder hervor.

1978 wurde Rau als Nachfolger von Heinz Kühn Ministerpräsidenten von NRW. Unter seiner Führung erreichte die SPD 1980, 85 und 90 die absolute Mehrheit. 1995 musste sie mit Bündnis 90/Die Grünen eine Koalition bilden. 1998 trat Rau als Ministerpräsident zurück, Wolfgang Clement wurde sein Nachfolger.

Im Mai 1999 wurde Johannes Rau als Nachfolger von Roman Herzog zum Bundespräsidenten gewählt. Er setzte die von Herzog begonnene Tradition der „Berliner Rede“ fort und nahm in den folgenden Jahren zu verschiedenen aktuellen Problemen Stellung. Zahlreiche Auslandsreisen führten ihn u.a. nach Israel, wo er in der Knesset erstmalig eine Rede auf Deutsch hielt und um Vergebung für die Verbrechen des Holocaust bat.

2003 gab er bekannt, für die nächste Wahl nicht wieder zu kandidieren. Der letzte öffentliche Auftritt Raus war die Einweihung der wieder erbauten Frauenkirche in Dresden am 30. Oktober 2005.

Johannes Rau starb am 27. Januar 2006 in Berlin im Kreise seiner Familie. Am 7. Februar wurde in einem Staatsakt im Berliner Dom seiner gedacht. Er wurde auf dem Dorotheen-städtischen Friedhof in Berlin beigesetzt.



2006

Willy Brandt 1913 – 1992

Bundeskanzler 1969 – 1974

Willy Brandt wurde am 18. Dezember 1913 als Herbert Ernst Karl Frahm als unehelicher Sohn von Martha Frahm in Lübeck geboren. Seinen Vater, den Lehrer Heinrich Möller, lernte er nie persönlich kennen. Er wuchs anfänglich bei seiner Mutter auf, ab 1919 übernahm sein Großvater Ludwig Frahm seine Betreuung. Brandt besuchte die St. Lorenz – Knaben – Mittelschule, ab 1927 die Realschule und ab 1928 das Johanneum in Lübeck, an dem er 1932 das Abitur ablegte. Anschließend begann er ein Volontariat bei der Schiffsmaklerfirma und Reederei Bertling in Lübeck.

Brandts frühes Interesse für Politik geht auf seinen, der SPD angehörenden Großvater Ludwig Frahm zurück. Er trat 1929 in die Sozialistische Arbeiterjugend SAJ ein und wurde dort Bezirksvorsitzender. Schon ab 1927 war er regelmäßig publizistisch tätig und veröffentlichte Artikel in der örtlichen SPD – Zeitung „Der Lübecker Volksbote“, der von Julius Leber redigiert wurde, der Brandt förderte und unterstützte.

1930 trat Willy Brandt in die SPD ein. Schon ein Jahr später überwarf er sich jedoch mit der Partei und Julius Leber, da er nicht mit deren Tolerierung der Politik der konservativen Regierung unter Reichskanzler Brüning einverstanden war. Er schloss sich der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands SAPD an, die sich 1931 von der SPD – Reichstagsfraktion abgespalten hatte und gegen die antidemokratische Rechte, d.h. die NSDAP und die Deutschnationale Volkspartei DNVP anging.

Nach der Machtergreifung der NSDAP wurde die SAPD verboten. Brandt, der sich noch Frahm nannte, übernahm die Aufgabe, im Exil in Oslo eine Zelle der Partei aufzubauen, um im Untergrund weiter Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu leisten. Hier nahm er den Decknamen Willy Brandt an. In Oslo begann er ein Studium der Geschichte, das er jedoch wegen seiner politischen Aktivitäten wenig vorantrieb und nicht abschloss. Er leitete die Zentrale des Sozialistischen Jugendverbandes Deutschland SJVD. Im September 1936 reiste er unter dem Decknamen Gunnar Gaasland als Kurier nach Deutschland und war als „Journalist“ in Berlin tätig. Für mehrere norwegische Zeitungen ging er 1937 nach Spanien, um über den Bürgerkrieg zu berichten. Durch seine Rückkehr nach Oslo entging er nur knapp der Verhaftung. Im September 1938 wurde er aus Deutschland ausgebürgert und bemühte sich nun um die norwegische Staatsbürgerschaft. Während der deutschen Besetzung Norwegens geriet er in norwegischer Uniform vorübergehend in Gefangenschaft, konnte nach baldiger Entlassung nach Schweden fliehen. Im August 1940 wurde ihm von der Botschaft in Stockholm die norwegische Staatsbürgerschaft zugesprochen. Bis Kriegsende blieb er in Stockholm.

Von 1941 – 48 war Brandt mit Carlotta Thorkildsen verheiratet, das Paar hatte eine Tochter. Nach der Scheidung heiratete er die verwitwete Rut Bergaust, geb. Hansen. Aus dieser Ehe gingen 3 Söhne hervor. Nach 32 Jahren Ehe ließen Rut und Willy Brandt sich 1980 scheiden. 1983 heiratete Brandt die Historikerin Brigitte Seebacher, die Ehe bestand bis zu seinem Tode.

1945 kehrte Brandt als Korrespondent für skandinavische Zeitungen nach Deutschland zurück und berichtete über die Nürnberger Prozesse. Obwohl eine Rückkehr nach Lübeck zur Diskussion stand, entschied er sich als Presseattache an die Norwegische Militärmission nach Berlin zu gehen. 1948 erhielt er von der schleswig-holsteinischen Landesregierung die Deutsche Staatsbürgerschaft zurück. Seinen Decknamen Willy Brandt ließ er sich 1949 als offiziellen Namen vom Polizeipräsidium Berlin anerkennen.

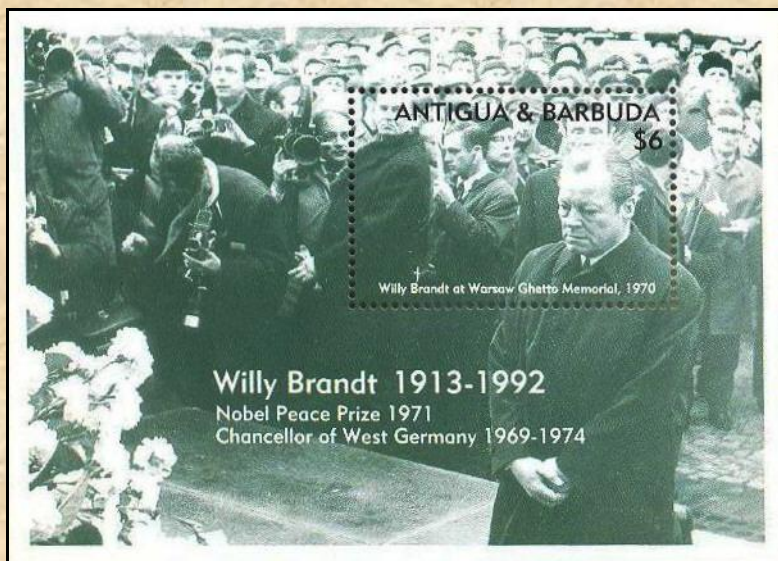
Seine politische Karriere in der Bundesrepublik begann 1949 als Berliner Abgeordneter für die SPD im Deutschen Bundestag, dem er von 1949 – 57, 1961 und von 1968 bis zu seinem Tode 1992 angehörte. 1950 wurde er auch Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, dieses Mandat legte er 1971 nieder. 1955 wurde er zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses gewählt.

1957 wurde er zum Regierenden Bürgermeister von Berlin ernannt, nach zweimaliger Wiederwahl hatte er dieses Amt bis 1966 inne. Hier bewährte er sich in mehreren politischen Krisen dieser Jahre und erreichte eine hohe Popularität. Es gelang ihm, 1958 die West-alliierten zu einer entschiedenen Haltung gegen das Ultimatum von Chruschtschow zu überzeugen, der die Landverbindungen des Westens zu Berlin als „freier Stadt“ der alleinigen Kontrolle der DDR übertragen wollte. Der Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 war für ihn eine besondere Bewährungsprobe. Er übernahm eine nationale, überparteiliche Rolle und setzte sich mit Kennedy in Verbindung. Er erreichte allerdings in der Sache wenig. Die USA waren nicht bereit, aktiv gegen den Bau der Mauer mit Gewalt einzugreifen. Zur moralischen Unterstützung schickte Kennedy General

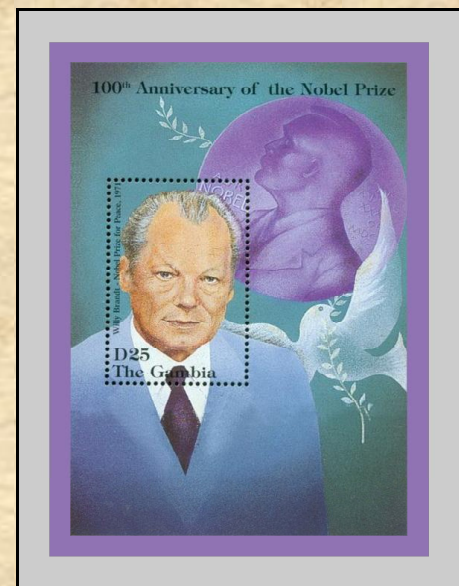
Lucius Clay und Vizepräsident Johnson nach Berlin und verstärkte die dortige Truppenpräsenz. Der Bau der Mauer überschattete auch den gleichzeitigen Wahlkampf für den Bundestag, bei dem Willy Brandt als Kanzlerkandidat der SPD antrat und in dem Adenauer gegen Brandt „alias Frahm“ polemisierte.

Trotz Stimmenzuwachs erreichte 1961 die SPD gegen die CDU/CSU und FDP jedoch keine Mehrheit, Adenauer wurde noch einmal zum Kanzler gewählt. 1963 konnte Brandt den US Präsidenten Kennedy in Berlin begrüßen. Der Besuch ist besonders durch Kennedys Ausspruch vor dem Schöneberger Rathaus „Ich bin ein Berliner“ in Erinnerung. 1964 übernahm Brandt als Nachfolger von Ollenhauer den Vorsitz der SPD. Auch bei der Bundestagswahl 1965 war die SPD nicht erfolgreich, bildete nach Erhards Rücktritt am 1. Dezember 1966 jedoch unter Kanzler Kiesinger eine große Koalition mit der CDU/CSU. Brandt wurde Außenminister und Vizekanzler, vom Amt des Regierenden Bürgermeisters in Berlin trat er zurück.

Erst die Bundestagswahl 1969 brachte den ersehnten Erfolg für die SPD, die nun mit der FDP eine sozial-liberale Koalition mit Willy Brandt als Kanzler und Walter Scheel als Außenminister und Vizekanzler bilden konnte. Unter dem Motto „Mehr Demokratie wagen“ und mit dem Ziel, in der Ostpolitik einen „Wandel durch Annäherung“ zu erzielen, begann die Amtsperiode dieser Koalition. Einen wichtigen Beitrag zu Entspannung leistete Brandt 1970 mit seiner Reise nach Polen und dem Kniefall vor dem Mahnmahl des Ghettoaufstandes in Warschau. Mit dem Erfurter Gipfeltreffen zwischen Brandt und Stoph begann auch die Annäherung an die DDR. In mehreren „Ostverträgen“ wurden die Beziehungen zu Moskau, Polen und der DDR auf eine neue Basis gestellt. Der Transitverkehr zwischen der Bundesrepublik und Berlin wurde geregelt. 1972 wurde der „Grundlagenvertrag mit der DDR geschlossen. 1973 wurden beide Staaten in die Vereinten Nationen aufgenommen. Alle diese Entwicklungen wurden unter der Kanzlerschaft von Willy Brandt ermöglicht, der schon 1971 dafür den Friedensnobelpreis erhielt.

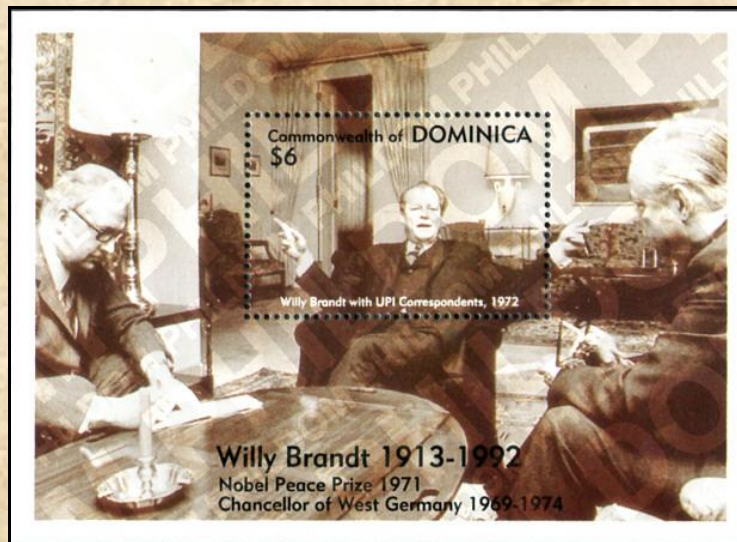


Antigua&Barbuda 1993 1.Todestag von Brandt
Besuch im Ghetto Warschau 1970



The Gambia 1995
Nobelpreis 1971

Allerdings waren nicht alle Abgeordneten der SPD und FDP, z.B. Erich Mende, mit der Politik der Koalition einverstanden und zur CDU/CSU übergewechselt, die nun rechnerisch über eine knappe Mehrheit im Bundestag verfügte. Der Versuch Rainer Barzels, mittels eines konstruktiven Misstrauensvotums Willy Brandt zu stürzen, misslang jedoch. Zwei Abgeordnete der CDU/CSU waren vom DDR – Ministerium für Staatssicherheit bestochen worden und verweigerten Barzel ihre Stimme. Brandt stellte jedoch die Vertrauensfrage, nach der er über keine handlungsfähige Mehrheit im Bundestag verfügte und erreichte so Neuwahlen. Bei den Wahlen im November 1972 erhielt die SPD 45,8 % der Stimmen und konnte die Koalition mit der FDP fortsetzen.



Dominica 1993

Willy Brandt mit UPI-Korrespondenten anlässlich seines Nobelpreises 1971

Die zweite Amtszeit Willy Brandts war allerdings weniger erfolgreich. Schwierigkeiten brachte die Ölkrise 1973 und der damit verbundene wirtschaftliche Abschwung, zu dem auch ein harter Streik im öffentlichen Dienst mit hohen Lohnabschlüssen beitrug. Hinzu kamen gesundheitliche Probleme Brandts und eine gewisse Amtsmüdigkeit. Auslöser und Anlass für seinen Rücktritt am 7. Mai 1974 war dann die Affäre Guillaume, der als Spion der DDR jahrelang unerkannt in Brandts unmittelbarer Umgebung tätig war.

Auch nach seinem Rücktritt blieb Brandt politisch aktiv. Er gehörte weiter dem Bundestag an, den er 1983, 87 und 90 als Alterspräsident eröffnete. 1976 wurde er Präsident der Sozialistischen Internationale. 1985 traf er sich in Ost Berlin zu Gesprächen mit dem DDR Staatsratsvorsitzenden Erich Honnecker. Willy Brandt konnte noch den Fall der Mauer 1989 und die Wiedervereinigung 1990 erleben. „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“ waren seine Worte. Er setzte sich entschieden für den Umzug der Regierung von Bonn nach Berlin ein.

Nach mehreren Krebsoperationen verstarb Willy Brandt am 8. Oktober 1992 in Unkel, Landkreis Neuwied. Am 17. Oktober gedachte der Bundestag seiner in einem feierlichen Staatsakt. Er wurde in einem Ehrengrab auf dem Waldfriedhof Zehlendorf in Berlin beigesetzt. Auch nach seinem Tode wurde Brandt vielfach geehrt, Straßen und Plätze nach ihm benannt. Das Haus der SPD Zentrale in Berlin trägt seinen Namen. Auch der neue Flughafen in Berlin soll den Namen Willy Brandt erhalten.



1993



Dominica 1993

Brandt mit Eisenhower 1959



2013

Helmut Kohl 1930 – Bundeskanzler 1982 – 1998

Helmut Kohl wurde am 7. April 1930 als Sohn des Finanzbeamten Hans Kohl und dessen Ehefrau Cäcilie, geb. Schnur in Ludwigshafen – Friesenheim geboren. Er verbrachte seine Kindheit und Jugend zusammen mit zwei Geschwistern in Friesenheim. Ab 1936 besuchte er dort die Grundschule und seit 1940 die Oberschule. Aus der Kinderlandverschickung in Berchtesgaden kehrte er 1945 zurück, begann zunächst eine Landwirtschaftliche Lehre, ging ab November wieder zur Oberschule und legte dort 1950 das Abitur ab.

1950 begann er das Studium der Rechtswissenschaften und Geschichte in Frankfurt, ab WS 1951/52 an der Universität Heidelberg. 1956 wurde er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Alfred Weber Institut der Universität, 1958 zum Dr. phil. promoviert. Anschließend arbeitete er in Ludwigshafen als Direktionsassistent bei einer Eisengießerei, ab 1959 als Referent beim Verband der Chemischen Industrie.

Schon als Schüler trat Kohl 1946 der CDU bei und war 1947 Mitbegründer der Jungen Union in Ludwigshafen. Auch während des Studiums war er politisch aktiv. 1953 wurde er Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der CDU in Rheinland – Pfalz, 1959 Vorsitzender des CDU Kreisverbandes Ludwigshafen, ab 1963 CDU Fraktionsvorsitzender im Landtag von Rheinland – Pfalz, von 1966 – 74 Landesvorsitzender der CDU von Rheinland – Pfalz. Seit 1966 war er Mitglied des Bundesvorstandes der CDU, von 1973 bis 1998 deren Vorsitzender.

1969 wurde Kohl als Nachfolger von Peter Altmeier Ministerpräsident von Rheinland – Pfalz. Wichtige Entscheidungen während seiner Amtszeit waren die Gebietsreform, die Gründungen der Universität Trier und der Technischen Universität Karlsruhe und der Ersatz der Konfessionsschulen durch Gemeinschaftsschulen.

Bei der Bundestagswahl 1976 trat er erstmals als Kanzlerkandidat an. Die CDU/CSU verfehlte mit 48,6% der Stimmen nur knapp die absolute Mehrheit. Die sozialliberale Koalition unter Kanzler Schmidt konnte sich behaupten. Kohl trat nach der Wahl als Ministerpräsident von Rheinland – Pfalz zurück und übernahm den Fraktionsvorsitz der CDU/CSU im Bundestag.

In den folgenden Jahren kam es oft zu Auseinandersetzungen mit dem Vorsitzenden der CSU Franz Josef Strauß, der Kohl die Qualifikation für das Amt des Bundeskanzlers absprach. Bei der Bundestagswahl kandidierte Strauß für die CDU/CSU, scheiterte jedoch mit dem bis dahin schlechtesten Wahlergebnis für die Union. Als Konkurrent für Kohl, der weiterhin Oppositionsführer blieb, war er damit ausgeschaltet.

Kohl gelang es, sich der FDP zu nähern, die 1982 die Koalition mit der SPD aufkündigte. In dem folgenden Misstrauensvotum wurde Helmut Schmidt gestürzt und danach Helmut Kohl zum Kanzler gewählt. Da Kohls Kanzlerschaft jedoch nicht aus einer Bundestagswahl hervor gegangen war, stellte er im Dezember 1982 im Bundestag die Vertrauensfrage, deren negatives Ergebnis dem Bundespräsidenten die Auflösung des Parlaments ermöglichte. In der nun folgenden Bundestagswahl im März 1983 gewannen die CDU/CSU und die FDP die Mehrheit der Stimmen und konnten die Regierung unter Kohl als Bundeskanzler bilden.

In den ersten Jahren seiner Amtszeit setzte Kohl den noch unter der Regierung Schmidt gefassten NATO – Nachrüstungsbeschluss gegen den Widerstand der Friedensbewegung durch. Zu Frankreich unter dem Staatspräsidenten Mitterand baute er ein enges Vertrauensverhältnis auf. Symbol der deutsch– französischen Aussöhnung war der Händedruck der beiden auf dem Schlachtfeld von Verdun.

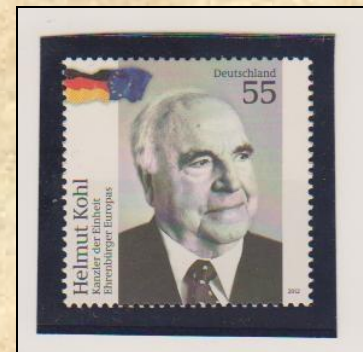
Bei der Bundestagswahl 1987 wurde Kohl im Amt bestätigt. Im September 1987 besuchte Erich Honnecker als erster Staatschef der DDR die Bundesrepublik und traf mit Kohl zusammen. 1988 unternahm Kohl zusammen mit seiner Frau und dem Sohn Peter eine private Reise in die DDR und besuchte einige Städte.

Nach dem Fall der Mauer am 9. November 1989 arbeitete Kohl konsequent auf die Wiedervereinigung hin. Ohne vorherige Absprache mit den Westmächten legte er am 28. November 1989 im Bundestag ein „Zehnpunkteprogramm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas“ vor. In der DDR wurde in den „Montagsdemonstrationen“ der Ruf nach der deutschen Einheit immer lauter: „Wir sind ein Volk!“ In den Wahlen zur Volkskammer der DDR erzielte die der CDU/CSU nahe „Allianz für Deutschland“ die Mehrheit. Eine große Koalition unter dem ersten frei gewählten DDR Ministerpräsidenten de Maiziere stellte die Weichen für die Wiedervereinigung. Am 18. Mai 1990 wurde der Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR unterzeichnet. In den „Zwei plus Vier Gesprächen“ stimmten die Siegermächte des zweiten Weltkrieges der Wiedervereinigung Deutschlands zu.

Am 3. Oktober 1990 trat die DDR der Bundesrepublik bei. Viele Tausende begeisterte Menschen feierten die Wiedervereinigung mit einem festlichen Feuerwerk vor dem Reichstag und dem Brandenburger Tor in Berlin. Auf die allgemeine Begeisterung folgte jedoch schon bald die Ernüchterung. In der veralteten Industrie der DDR brachen viele Betriebe zusammen. Der Umtauschkurs 1:1 brachte große Schwierigkeiten. Eine hohe Arbeitslosigkeit in den „Neuen Bundesländern“ war die Folge. Kohls Wahlversprechen, in wenigen Jahren würde es im Osten „blühende Landschaften“ geben, erwies sich als viel zu optimistisch. Nur langsam verbesserten sich die Verhältnisse, inzwischen werden die Erfolge des Aufbaus Ost jedoch mehr und mehr deutlich. Die Bundestagswahl 1994 wurde von der CDU/CSU nur knapp gewonnen, Kohl erneut zum Bundeskanzler gewählt. Durch den von der SPD dominierten Bundesrat wurde die Handlungsfähigkeit der Regierung jedoch stark eingeschränkt. Die folgenden Jahre waren u.a. von den Verhandlungen und Maßnahmen zur Einführung des Euro geprägt. Die Zustimmung Frankreichs zur Wiedervereinigung hatte seinerzeit Mitterrand an die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion in Europa geknüpft, d.h. an die Einführung des Euro, der Kohl vorbehaltlos zustimmte, ohne Rücksprache mit dem Präsidenten der Bundesbank, Tietmeyer. Am 1. Januar 1999 wurde der Euro in den meisten Ländern Europas eingeführt. Die Bundestagswahl 1998 hatte bereits einen Regierungswechsel gebracht, nach der Wahlniederlage Helmut Kohls übernahm Gerhard Schröder das Amt des Bundeskanzlers. Kohl und die CDU gerieten in den folgenden Jahren zunehmend in Schwierigkeiten. Dazu trug vor allem die „Spendenaffäre“ bei, Kohl weigerte sich, wegen seines „Ehrenwortes“ die Namen der Spender zu nennen. Im Jahr 2000 trat er als Ehrenvorsitzender seiner Partei zurück. 2003 wurde bekannt, dass Kohl nach seiner Kanzlerschaft 3 Jahre lang einen hoch bezahlten Beratervertrag mit der Leo Kirch Gruppe hatte. Politisch hielt er sich in diesen Jahren weitgehend zurück. Privat traf ihn ein schwerer Schicksalsschlag. Seine Frau Hannelore litt seit Jahren an einer schweren Erkrankung, einer Lichtallergie, die sie zum Schluss nicht mehr ertragen konnte. Am 5. Juli 2001 beging sie Suizid. 2008 heiratete er Maike Richter, die er als Beamtin der Wirtschaftsabteilung im Kanzleramt kennen gelernt hatte und mit der er seit 2005 in fester Beziehung lebte. Ab 2007 hatte Kohl zunehmend gesundheitliche Probleme und musste sich mehreren Operationen unterziehen. Bei öffentlichen Auftritten benutzte er einen Rollstuhl. In mehreren Bänden hat er seine Memoiren veröffentlicht.



Niger 1991 Wiedervereinigung und Abriss der Mauer 1989



2012

Literatur

Wikipedia 2014

Gräfin Dönhoff, M. Deutschland deine Kanzler. Die Geschichte der Bundesrepublik vom Grundgesetz zum Einigungsvertrag. Goldmann Verlag 1992